



Protokoll

5. Sitzung des Stadtparlaments vom 17. Dezember 2020

Ort	Rathausaal Weinfelden	
Vorsitz	Parlamentspräsidentin Claudia Bieg (SP)	
Protokoll	Stadtschreiber Reto Marty	
Zeit	19:00 Uhr bis 20:25 Uhr	
Appell	Stadtparlament	Stadtrat
Anwesend	28	7
Entschuldigt	2	-

- Traktandenliste**
- 1 Genehmigung der Traktandenliste
 - 2 Muggenwinkel-/Zweigstrasse, Abschnitt Himmenreichstrasse bis Sangenstrasse, Sanierung, Kredit Fr. 590'000.00
 - 2.1 Eintreten
 - 2.2 Detailberatung
 - 2.3 Beschlussfassung
 - 3 Feuerwehr, Tanklöschfahrzeug, Ersatzbeschaffung, Kredit Fr. 314'045.50
 - 3.1 Eintreten
 - 3.2 Detailberatung
 - 3.3 Beschlussfassung
 - 4 Beantwortung Interpellation Weiterentwicklung öffentlicher Verkehr in Weinfelden
 - 4.1 Beantwortung
 - 4.2 Stellungnahme der Interpellanten
 - 4.3 Diskussion
 - 5 Verschiedenes

Parlamentspräsidentin Claudia Bieg (SP) begrüsst die Anwesenden: „Geschätzte Parlamentskolleginnen und -kollegen, Stadträtinnen und Stadträte, Gäste auf der Tribüne: Ich begrüsse sie alle herzlich zur letzten Parlamentssitzung in diesem besonderen Jahr. Wir haben uns gut überlegt, ob wir diese Sitzung durchführen sollen und sind zum Schluss gekommen, dass die Sicherheitsmassnahmen eingehalten werden können. Der Bund erlaubt der Legislative die Durchführung der Sitzungen. Das Büro hat beschlossen, dass wir alle die Maske immer tragen, auch beim Sitzen. Gleich bleibt die Desinfektion des Mikrofons nach dem Reden. Habt ihr den You Tube Film «Weinfeldern Switserland» auf Facebook auch gesehen? Beim ersten Gucken habe ich mich herrlich amüsiert, beim zweiten Mal bin ich doch etwas nachdenklich geworden. Ist schon spannend so eine wirkliche Aussensicht serviert zu bekommen. Wie sieht eine Frau, die (vermutlich auf den Philippinen) einen Fruchtsaftladen führt unsere Stadt? Es fällt ihr einiges auf, zum Beispiel, dass keine Menschen zu sehen sind, die Stadt wirkt auf sie ausgestorben. Das markante Pestalozzischulhaus funktioniert sie kurzerhand zum Stadthaus um; der Gründervater der Stadt, Thomas Bornhauser, ist im Drei Füdli Brunnen beerdigt und die reformierte Kirche wird zum Castle of Weinfeldern. Und als die Frau kommentiert, hier gebe es nicht viel anzusehen, zeigt die Kamera unser schönes Rathaus! Wäre die Touristin doch vor einem Jahr hier gewesen. Was hätte sie nicht alles erlebt: Menschenmassen strassauf und -ab, einen ungeheuer schönen alten Brauch mit herrlichen Bochseln und Laternen, die die Wintergeister und die Dunkelheit mit Lärm und Licht zu vertreiben suchten. Tja, aber sie war diesen Sommer da. Heute wäre Bochselnacht und keine Dunkelheit wird vertrieben, vielmehr hat das Virus die Vorzeichen gedreht und hat die Bochseln und das fröhliche Feiern vertrieben. Wir können, nicht nur was das Feiern betrifft, das 2020 abschreiben. Doch dieses unsägliche Jahr hat uns auch zum Nachdenken gezwungen. Uns ist einiges sehr bewusst geworden, z.T. Schmerzhaftes, aber auch sehr Schönes:

- Wie gut es ist, dass wir in der Schweiz leben und solche Krisen uns nicht den ganzen Boden unter den Füssen wegziehen, wo Hilfspakete in Milliardenhöhen geschnürt werden.
- Wie gut uns Besuche, das Hinausgehen, das Festen und Feiern tun, ist uns sehr klar geworden, als diese Bedürfnisse beschnitten wurden und noch werden.
- Wie ungeheuer wichtig für uns die «social closeness» ist, spontan Freunde umarmen zu können, Menschen mit Händedruck zu begrüßen. Mir fehlt das enorm!

Nachdenklich gemacht hat mich, wie schnell ein wunderbares ungeschriebenes Gesetz hier im Parlament, alle mit Handschlag zu begrüßen, fallengelassen wird ohne adäquate Ersatzhandlung. Schade. Ich bitte euch diesen Usus, auf den ich immer stolz war, wieder aufzunehmen, sei es mit füsseln, ellbögeln oder einem Kopfnicken. Man darf auch zwinkern.»

1 Genehmigung der Traktandenliste

Präsidentin: Gegen die Traktandenliste erfolgen keine Einwendungen. Damit gilt sie als genehmigt.

2 Muggenwinkel-/Zweigstrasse, Abschnitt Himmenreichstrasse bis Sangenstrasse, Sanierung, Kredit Fr. 590'000.00

2.1 Eintreten

Elsi Bärlocher (SVP): Im März 2017 wurde die Botschaft durch unser Parlament abgelehnt, da noch nicht bekannt war, wie die angrenzenden Parzellen überbaut werden sollen. Nun ist ein Projekt da, im Osten sind Häuser geplant. Nun sollen auch strassenmässig die entsprechenden Anpassungen erfolgen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Simone Brunchweiler (FDP). Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

Michael Wiesli (CVP): Unsere Fraktionsgemeinschaft ist ebenfalls für Eintreten.

Adrian Caramaschi (SP): *Auch unsere Fraktion ist einstimmig für Eintreten.*

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Eintreten ist unbestritten.

2.2 Detailberatung

Matthias Riggenschach (GLP): *Das vorliegende Strassenbauvorhaben ist nach eingehender Beratung in der Fraktion als ausgeglichen, nötig und vernünftig befunden worden. Angesichts der geplanten Bauvorhaben ist eine Erschliessung der logische Schritt. Die Strassenbreite und das Trottoir haben angemessene Breiten und mit dem Wendehammer wurde ein geeignetes Instrument gewählt um möglichem Durchgangsverkehr Einhalt zu gebieten. Sehr wahrscheinlich wird der Wendehammer schon bald der beliebteste Rollhockey Platz im Quartier. Angesichts dieser Faktenlage ist uns klar, dass das Vorhaben sehr wahrscheinlich eine Mehrheit im Rat finden wird. Nichtsdestotrotz möchten wir die Gelegenheit nutzen um ein grünes Kernanliegen erneut zu platzieren. Vielleicht haben diesen Sommer einige von Ihnen den Einstein Beitrag im SRF über die Hitze in den Städten gesehen, sehr empfehlenswert. In diesem Beitrag geht es um den Hitzeinsel Effekt, unter dem Städte allgemein leiden, da sich dort die Hitze am stärksten staut. Gebäude und asphaltierte Strassen speichern die Wärme, was in der Nacht die Abkühlung erschwert. Viele Menschen, Autos und Lastwagen tragen zusätzlich zur Erhitzung bei. Aufgrund des Klimawandels werden wir gemäss Studien mittelfristig 40 Hitzetage und 50 Tropennächte pro Jahr erleben. Das hat langfristig grosse Effekte auf unsere Natur, jeder Bauer kann Ihnen bereits heute die Auswirkungen zeigen. Die Hitze hat auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Gesundheit von älteren und ganz jungen Menschen. Jedes Jahr werden weltweit mehr Hitzetote verzeichnet. Sie mögen einwenden Weinfelden ist doch eine Stadt im Grünen, rundherum haben wir ja genügend Wälder und Felder. Darum geht es aber nicht, jeder Quadratmeter ist wichtig. Bei jedem Strassenbauprojekt wird die asphaltierte Fläche vergrössert, durch Verbreiterung von Strassen und die Asphaltierung von zuvor ungeteerten Strassenabschnitten. Meist geht mit einer Erschliessung ja auch eine Überbauung einher, weitere Flächen werden zugebaut. Mit ein paar Bäumen und etwas Grün haben wir hier die Gelegenheit einen kleinen aber wirksamen Beitrag zu leisten. Vor allem wenn man bedenkt, dass gerade im Bereich Muggenwinkel-/Zweigstrasse auf den bereits zugebauten oder bald zugebauten Parzellen vorher viele Bäume standen. Es gingen bereits oder gehen bald über 20 Bäume verloren. Bäume spenden Schatten und senken die Hitze in der Umgebung Tag und Nacht. Sie tragen zu einem besseren Klima in der Stadt bei und verschönern gleichzeitig das Stadtbild. Bäume lohnen sich also in vielerlei Hinsicht. Die grossen Stellschrauben in der Klimapolitik mögen in Bern, Brüssel und Washington gestellt werden. Hier in Weinfelden können wir wenigstens mit ein paar Bäumen einen sichtbaren Unterschied für uns und die nachfolgenden Generationen machen. Unsere Fraktion hat sich schon mehrere Male für mehr Grün bei der Strassenplanung ausgesprochen. So hätten wir zum Beispiel Möglichkeiten bei den Vorlagen Sängenstrasse oder Walkenstrasse gesehen. Leider war uns noch kein Erfolg beschieden und die Strassenplanung der Stadt nimmt unsere Einwände offensichtlich auch weiterhin nicht ernst. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig als die Vorlage Muggenwinkel-/Zweigstrasse zur Ablehnung zu empfehlen und auf grünere Vorlagen in der Zukunft zu hoffen.*

Martin Müller (GP): *Einfach nur Nein sagen ist mir zu wenig. Ich stelle deshalb einen **Antrag**: den Kredit um 20'000 Franken auf 610'000 Franken zu erhöhen, für die Pflanzung von ca. 10 Bäumen auf der stadteigenen Parzelle Nr. 3789 und der Parzelle Nr. 4014, westlich der Sängenstrasse am Wendehammer. Der Ressortvorsteher hat der Fraktion erläutert, dass im Strassenraum keine Bäume gepflanzt werden können. Aus meiner Sicht wäre das auf der Parzelle 4014 neben dem Wendehammer und auf der stadteigenen Parzelle Nr. 3789 möglich, dort steht bereits ein grosser Baum. Die Stadt ist dem Grundeigentümer der Parzelle 4014 mit der Umlegung der Strasse schon entgegengekommen, deshalb sollte es möglich sein, auf diesem Grundstück Bäume zu pflanzen. Mit diesen Bäumen könnte der Wendehammer mit seiner grossen Asphaltfläche am Abend beschattet werden. Der Betrag von 20'000 Franken beinhaltet die Bäume inklusive Anpassungen und Versetzarbeiten von 1'500 Franken pro Baum im unbefestigten Bereich und die Planungskosten. Es tut mir leid, dass dieser Antrag so spät kommt, weil wir die Unterlagen eine Woche zu spät erhalten haben und unsere Fragen erst am Sonntag beantwortet worden sind. Zudem habe ich noch eine Anregung zum Projekt. Der Gehweg sollte auf 2.5 m oder auf 2 m verschmälert werden. So fahren sicher keine Autos oder keine landwirtschaftlichen Fahrzeuge durch, diese brauchen ja 3.5 m. Am Schwalbenweg, wo ich wohne, ist der Gehweg 2 m breit und es funktioniert bestens. Ich bitte sie, den Antrag um Erhöhung des Kredits um 20'000 Franken für ca. 10 Bäume zu unterstützen.*

Adrian Caramachi (SP): Ich unterstütze den Antrag Müller. Ich möchte noch auf eine bestimmte Vorgehensweise eingehen, welche die Gestaltung dieser Erschliessung geprägt hat. Ich sage dem die bilanzierte Begrünung. An der letzten Parlamentssitzung hat Manuel Strupler erklärt, wie man in Weinfeldern in den letzten Jahren viele Bäume gepflanzt habe, man sehe sie noch nicht so, weil sie noch klein seien. Man habe bevorzugt, diese an Orte zu pflanzen, wo sie auch gut gedeihen. Nun, es stimmt tatsächlich, dass es an gewissen Orten viele neue Bäume hat und in der Bilanz hat es mehr Bäume als früher. In diesem Punkt sind aber viele von uns nicht einverstanden. Leider funktioniert das mit der Beschattung nicht über eine Bilanz. Damit will ich sagen, man kann nicht an einem günstigen Ort in der Stadt mehrere Bäume pflanzen, welche dann einem ersparen, einen Baum an einem schwierigen Ort (viel Teer) zu pflanzen (ein trauriges Beispiel ist der Parkplatz des Thurgauer Hofes, der nun gar keine Bäume mehr hat). Die Wirkung der Bäume ist sehr lokal zu betrachten. Man stelle sich vor, um der Wega mehr Platz zu geben, käme der Vorschlag, die Linde am Marktplatz zu fällen und dafür auf der Freudigerwiese ein Wäldchen mit einem Dutzend Bäumen anzulegen. Es ist, glaube ich, klar, dass niemand diesen Handel akzeptieren würde.

Stadtrat Daniel Engeli: Vielen Dank für die Aufnahme des Projekts. Der Antrag beziehungsweise die Absicht, die dahintersteht, hat eine Berechtigung. Grundsätzlich ist es sehr herausfordernd, landschonend Strassen zu bauen und Grünflächen zu begünstigen. An der Peripherie ist die Erhitzung nicht ganz so hoch wie in der Stadt. Sie hat aber zweifellos eine Bedeutung. Wir haben verschiedene Strassenabschnitte. In der Strasse gibt es keine Begrünung, da der Perimeter zu knapp bemessen ist, da die Strasse landschonend gebaut wird. Es gibt so eine enge Strasse. Die Bürglenstrasse wäre ein gutes Alternativbeispiel. Dort gibt es versetzt Bäume, der Strassenperimeter ist aber deutlich grösser. Die Zweigstrasse ist eine Sackgasse. Sie ist 5 m breit und hat kein Trottoir. Der Langsamverkehr und der motorisierte Verkehr soll sich nebeneinander bewegen, es bleibt aber nicht viel Platz. Bei der Überbauung im Einfang haben wir Versetzte realisiert, es mussten aber reihenweise Korrekturen vorgenommen werden. Teilweise mussten die Arbeiten zweimal erfolgen. Auf den freien Parzellen kann es durchaus Grünanlagen geben. Bezüglich Breite des Wegs weise ich auf die Norm der Fusswege von 3 m hin. Bezüglich Antrag nehme ich die Absicht mit, ich überlasse es ihnen geschätztes Parlament dafür oder dagegen zu sein. Ich bitte sie jedoch der Botschaft zu folgen.

Markus Rizzolli (SVP): Beim Antrag von Martin Müller muss man sich bewusst sein, dass der Betrag nicht reichen wird. Der Betrag müsste bedeutend höher sein. Bei Bäumen, die man in der Nähe von Strassen pflanzen will, braucht es spezielle Ausdehnungen, dass die Wurzeln nicht in den Strassenbereich gehen. Beim Wendeplatz wird es so nicht funktionieren. Dem muss man sich bewusst sein.

Abstimmung

Der Antrag Müller wird mit 11:13 Stimmen abgelehnt.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

2.3 Beschlussfassung

Der Kredit von Fr. 590'000.00 für die Sanierung der Muggenwinkel-/Zweigstrasse, Abschnitt Himmenreichstrasse bis Sangenstrasse wird mit 20:8 Stimmen genehmigt.

3 Feuerwehr, Tanklöschfahrzeug, Ersatzbeschaffung, Kredit Fr. 314'045.50

3.1 Eintreten

Marcel Preiss (GLP): Unsere Fraktion hat das Geschäft eingehend geprüft und ist einstimmig für Eintreten.

Tobias Greminger (FDP): Auch unsere Fraktion ist für Eintreten. Es ist Zeit für den Ersatz des Tanklöschfahrzeugs.

Marcel Knup (SVP): Auch unsere Fraktion ist für Eintreten. Vielen Dank für die ausführliche Botschaft.

Philipp Portmann (CVP): Unsere Fraktionsgemeinschaft ist auch einstimmig für Eintreten.

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Eintreten ist unbestritten.

3.2 Detailberatung

Marcel Preiss (GLP): *Wir hatten die Ehre, bei unserer Fraktionssitzung das Geschäft der Ersatzbeschaffung des neuen Tanklöschfahrzeugs mit unserem Feuerwehrkommandanten zu besprechen. Kompetent wurde uns nochmals von Jürgen Bröll erläutert, wie die ganze Beschaffung zu Stande kam und was für Gründe für eine Neubeschaffung zum jetzigen Zeitpunkt sprechen. Das wohl einleuchtendste Argument, das für eine Neubeschaffung spricht, ist das Alter des heutigen Fahrzeugs. Normalerweise müssen Feuerwehrfahrzeuge nach 25 Jahren ersetzt werden. Egal wie viele Kilometer bei den Fahrzeugen auf dem Tacho stehen. Nach 25 Jahren kommen die Fahrzeuge ins Alter, bei dem immer mehr Mängel auftreten. Diese müssen behoben werden und bilden nebenbei ein nicht unwesentliches Sicherheitsrisiko. Das bestehende TLF kommt mittlerweile ins 29. Altersjahr und somit geht es mit grossen Schritten Richtung Oldtimer. Darum wurde klar in der Botschaft betont „die heutigen Erwartungen an einen effizienten und schnellen Rettungs- und Löscheinsatz können damit nicht mehr erfüllt werden.“ Diese Aussage lässt uns keinen Spielraum. Darum werde ich dem Kredit über 314'000 Franken zustimmen. Was mich aber an der Botschaft stört, ist die Tatsache, dass wir hier im Thurgau jeder für sich eine eigene Lösung anstreben bei der Beschaffung von nötigen Feuerwehrfahrzeugen. Jeder kann sein Wunschprogramm so zusammenstellen, wie es ihm passt. Dieses Individuelle hat seinen Preis. Dies beginnt mit der Evaluation bei der eine Projektgruppe über eine längere Zeitphase eine Ausschreibung erarbeitet. Dies ist nicht ohne, denn es müssen haufenweise Reglemente, das öffentliche Beschaffungswesen und Beschaffungsrichtlinien berücksichtigt werden. Dies bedeutet viel Arbeit für unsere Feuerwehrmänner in der Evaluationsgruppe. Wenn man bedenkt, dass im Thurgau gleichzeitig drei oder vier solcher Beschaffungen erarbeitet werden, fragt man sich schon, ob da nicht andere Möglichkeiten bestehen. Beim genaueren Recherchieren bei unserem Nachbarkanton westlich merkte ich schnell, dass wir hier im Thurgau und ganz speziell in Weinfelden ganz grosse Einsparungen machen könnten. Bei den Zürchern werden die Feuerwehrfahrzeuge nicht von jeder Gemeinde einzeln bestellt. Da läuft alles über die kantonale Gebäudeversicherung. Dies macht auch Sinn, denn sie finanziert auch jeweils 50 % der Kosten. Dadurch entfallen nicht nur die Planungskosten, es werden auch hauptsächlich standardisierte Fahrzeuge angeboten. Dies macht auch Sinn, denn die meisten Feuerwehrfahrzeugbauer haben solche Fahrzeuge bei sich im Angebot. Dadurch lassen sich gut 25 % der Kosten einsparen. Diese Mehrkosten dem Steuerzahler zu rechtfertigen, nur, weil man eine Weinfelder Lösung will, ist nicht zeitgemäss. Das eingesparte Geld würde die Feuerwehr besser in eine höhere Besoldung investieren. Nur so lassen sich in der heutigen Zeit genügend Freiwillige für den Dienst an der Allgemeinheit finden. Unsere Feuerwehr erfüllt einen enorm wichtigen Auftrag für uns alle und sie ist jederzeit bereit, 24 Stunden am Tag und dies das ganze Jahr durch. Dafür möchte ich meine Achtung und meinen Dank aussprechen. Ich empfehle der Feuerwehr Weinfelden bei der nächsten Beschaffung auf ein standardisiertes Modell einzugehen um dadurch Kosten zu sparen. Für heute empfehle ich, dem Kredit in Höhe von 314'000 Franken zuzustimmen, damit wir ein neues TLF beschaffen können.*

Stadtrat Hans Eschenmoser: *Vielen Dank für die Aufnahme der Botschaft, auch im Namen der Feuerwehr Weinfelden. Marcel Preiss ist sehr gut im Bild. Es ist eine teure Anschaffung. Im Gegensatz zum Kanton Zürich, wo es kantonal geregelt ist, wurde im Thurgau eine gemeinsame Beschaffung bei der Revision des Feuerschutzgesetzes abgelehnt. Individualismus ist im Kanton Thurgau anscheinend weiterhin gefragt. Weinfelden hatte sich mit zwei weiteren Feuerwehren zusammengetan, eine gemeinsame Beschaffung war das Ziel. Die Einsparung hätte 25'000 Franken betragen, da doch alle Feuerwehren ihr Fahrzeug bestimmen wollten. Ich bin aber gleicher Meinung wie Marcel Preiss, es sollte Standardmodelle geben.*

3.3 Beschlussfassung

Der Kredit von Fr. 314'045.50 für die Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeugs der Feuerwehr Weinfelden wird mit 27:0 Stimmen genehmigt.

4 Beantwortung Interpellation Weiterentwicklung öffentlicher Verkehr in Weinfelden

4.1 Beantwortung

(Schriftliche, nicht vorgelesene Beantwortung)

«Am 12. März 2020 reichte die FDP-Fraktion, namentlich Markus Schönholzer, Martin Brenner, Beat Brüllmann, Simone Brunschweiler und Tobias Greminger sowie 21 mitunterzeichnenden Mitgliedern des Stadtparlaments Weinfelden eine Interpellation unter dem Titel «Weiterentwicklung öffentlicher Verkehr in Weinfelden» mit folgendem Wortlaut ein:

«Weinfelden hat sich in den letzten Jahren von der Zentrumsgemeinde zur Stadt mit rund 11'500 Einwohnerinnen und Einwohnern entwickelt. Zahlreiche Freizeitinfrastrukturen und Einkaufsmöglichkeiten, teilweise an der Peripherie angesiedelt, sowie rund 9'000 Arbeitsplätze machen Weinfelden zu einem belebten Wohn- und Arbeitsort. Durch die zentrale Lage im Kanton sowie die ausgebauten Zugverbindungen in die Städte Winterthur/Zürich, St. Gallen, Wil und Kreuzlingen/Konstanz ist Weinfelden auch für Pendler zunehmend attraktiv. Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb der Stadt ist dieser Entwicklung teilweise gefolgt. So stehen heute 6 Postautolinien mit 16 Haltestellen (einige mit Halbstundentakt) verteilt über das ganze Stadtgebiet sowie ein subventioniertes Taxi in die Ortsteile Weerswilen/Burg zur Verfügung.

Die Diskussion im Vorfeld der Abstimmung über die Einführung eines Ortsbusses hat aber gezeigt, dass mit dem bestehenden ÖV-Angebot die Mobilitätsbedürfnisse einzelner Bevölkerungsschichten nicht ausreichend abgedeckt werden. Demgegenüber verdeutlicht der ablehnende Entscheid der Stimmbevölkerung, dass die Einführung eines Ortsbusses zurzeit nicht mehrheitsfähig ist. Damit stellt sich die Frage, wie das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln in Weinfelden in Zukunft aussehen soll.

In diesem Zusammenhang stellen die Interpellanten folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Verfügt der Stadtrat über eine Mobilitätsstrategie für Weinfelden? Wenn ja, welche Ziele und Zeithorizonte werden darin verfolgt?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die weitere Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in Weinfelden und den Nachbargemeinden, dies in Bezug auf Nachfrage, Angebot und Kosten?
3. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die Mobilitätsbedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere auch von älteren oder wenig mobilen Personen, in Zukunft erfasst und abgedeckt werden können?
4. Kann sich der Stadtrat vorstellen, ein flexibles Mobilitätsangebot (z.B. analog Taxibetrieb Burg/Weerswilen oder Amriswil) für das ganze Stadtgebiet einzuführen?»

Der Stadtrat nimmt zu diesen Fragen wie folgt Stellung:

Vorbemerkungen

Das Bundesamt für Verkehr (BAV) umschreibt den Begriff Öffentlicher Verkehr (ÖV) wie folgt:

«Der öffentliche Verkehr umfasst verkehrliche Angebote mit regelmässigen Fahrten gemäss einem definierten Fahrplan, die von allen Personen aufgrund vorgegebener Beförderungsbestimmungen genutzt

werden können. In der Schweiz umfasst der ÖV nicht nur das Verkehrsangebot mit Bahn, Tram und Bus, sondern auch per Schiff und Seilbahn.»

Der Stadtrat hat aufgrund des Resultats der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 und des Verlaufs der politischen Diskussionen und Prozesse im Vorfeld dieser Abstimmung folgendes zur Kenntnis genommen:

- Eine deutliche Mehrheit der Weinfelder Bevölkerung lehnt aus unterschiedlichen Gründen die Schaffung eines eigenen ÖV-Netzes innerhalb des Stadtgebietes ab. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis war dabei sicher ein Hauptargument.
- Ein in einer ersten Phase ausgearbeitetes schlankeres Konzept wurde bereits durch das Parlament als zu wenig umfangreich und mit zu geringem Nutzen kritisiert und deshalb verworfen.

Der Stadtrat schliesst daraus, dass die Schaffung eines ortsinternen eigenen ÖV-Netzes, im Sinne der vorgängig erwähnten «Begriffserklärung» momentan nicht mehrheitsfähig ist und in den nächsten Jahren daher nicht in Frage kommt.

In Bezug auf die bestehende Infrastruktur von Bahn- und Regionalbusanschlüssen versucht der Stadtrat in Zusammenarbeit und Absprache mit der Abteilung Öffentlicher Verkehr des Kantons Thurgau stets das realistische Optimum für den Standort Weinfelden herauszuholen. Vor allem was das Regionalbusnetz betrifft, konnte die Stadt Weinfelden in den letzten Jahren auf gewissen Linien zusätzliche Haltestellen und Taktverkürzungen erlangen. Immer im Wissen, dass bei den über- und regionalen Verbindungen die Bedürfnisse der Stadt gegenüber dem ganzen regionalen oder sogar überregionalen Liniennetz geringere Priorität genießt, ist es das Ziel des Stadtrates, hierbei jeweils Optimierungsmöglichkeiten zugunsten der Stadt umzusetzen, beziehungsweise gewährleisten zu können.

Die Entwicklung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs sind auch an der Entwicklung der Kosten zu erkennen. Im Jahr 2015 lagen die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr noch bei 615'000 Franken, während dem sie im letzten Jahr (2019) 1'180'193 Franken betragen.

Fragebeantwortung

1. Verfügt der Stadtrat über eine Mobilitätsstrategie für Weinfelden? Wenn ja, welche Ziele und Zeithorizonte werden darin verfolgt?

Der behördenverbindliche Verkehrsrichtplan beinhaltet den am 27. Januar 2012 genehmigten Teilrichtplan Öffentlicher Verkehr. Der Stadtrat richtet sich nach den dort festgehaltenen Planungsgrundsätzen, die wie folgt lauten:

«Aus dem bestehenden Angebot des öffentlichen Verkehrs soll der grösstmögliche Nutzen gezogen werden. Eine Erweiterung des Angebots ist nur sinnvoll, wenn daraus verkehrsplanerische, verkehrsbetriebliche oder ökologische Vorteile entstehen.»

Über eine separate Mobilitätsstrategie verfügt der Stadtrat nicht.

In den aktuellen Legislaturzielen des Stadtrates ist folgendes Ziel aufgeführt:

- Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs wird weiter gefördert. Der Ausbau von Anlagen für den öffentlichen Verkehr wird unterstützt. Schwerpunkte bilden die Umsetzung des Betriebs- und Gestaltungskonzeptes BGK Bahnhof Nord / Bushof.

2. Wie beurteilt der Stadtrat die weitere Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in Weinfelden und den Nachbargemeinden, dies in Bezug auf Nachfrage, Angebot und Kosten?

Der öffentliche Verkehr ist in Weinfelden mit der Bahn und dem Postautobetrieb gut abgedeckt. Für einen über die Stadtgrenze zu entwickelnden zusätzlichen Betrieb unabhängig der existierenden Regionalbusse, sieht der Stadtrat eine zu geringe Nachfrage bei entsprechend hohen Kosten.

3. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die Mobilitätsbedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere auch von älteren oder wenig mobilen Personen, in Zukunft erfasst und abgedeckt werden können?

Es ist schwierig, die Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Anspruchsgruppen (beispielsweise Pendler und Senioren) zusammenzufassen und eine einheitliche Lösung dafür zu finden. Vielmehr muss herausgefunden werden, wo tatsächlich Mobilitätsbedürfnisse bestehen und ob allfällige Mobilitätshilfen dann auch durch diese Personengruppe genutzt würden.

Ebenfalls ist dabei immer die Frage miteinzubeziehen, wer die Kosten trägt. Die entscheidende Frage dabei ist, ob die Kosten durch die Nutzer oder die Allgemeinheit beglichen werden sollen.

Durch die Vorlage des «Ortsbusses» zur Volksabstimmung und die diesbezügliche Ablehnung durch die Stimmberechtigten, ist das Bedürfnis bezüglich Ortsbus bis auf Weiteres geklärt. Viele Mobilitätsbedürfnisse werden privat erfüllt, sei es mit dem Auto, dem Velo oder zu Fuss. Auch der Mobilitätswunsch von älteren und wenig mobilen Personen wird durch private Hilfe abgedeckt. So funktioniert auch der Rotkreuz-Fahrdienst (SRK Thurgau) in der Region Weinfelden bestens. Dabei können Personen, welche alters- oder krankheitsbedingt in ihrer Beweglichkeit eingeschränkt sind, diesen Dienst für die Wahrnehmung von medizinischen Terminen beantragen.

Der Stadtrat sieht dementsprechend keinen Auftrag, alle Bedürfnisse über die öffentliche Hand abzudecken.

4. Kann sich der Stadtrat vorstellen, ein flexibles Mobilitätsangebot (z.B. analog Taxibetrieb Burg/Weerswilen oder Amriswil) für das ganze Stadtgebiet einzuführen?

In der Ortsbusdiskussion wurde das subventionierte Taxi oftmals angesprochen und als Alternative gefordert. Da der Ortsbus abgelehnt wurde, ist eine Ausweitung des subventionierten Taxis auf das ganze Stadtgebiet prüfenswert.

4.2 Stellungnahme der Interpellanten

Der Vertreter der Interpellanten, Markus Schönholzer (FDP), gibt folgende Erklärung ab:

Markus Schönholzer (FDP): *Vielen Dank für die Beantwortung der Interpellation. Bestimmt haben sie den kürzlich erschienenen Bericht in der Thurgauer Zeitung mit ersten Rückmeldungen der Interpellanten gelesen. Gerne gebe ich auch ihnen eine kurze Stellungnahme ab. Mit der Interpellation verfolgten wir zwei Ziele: 1. Nach dem überaus engagierten Abstimmungskampf im Frühjahr über die Einführung eines Stadtbusses wollten wir vom Stadtrat wissen, wie er das weitere Vorgehen in Sachen Öffentlicher Verkehr und Mobilität in Weinfelden sieht. 2. Wir sind der Ansicht, dass dem Stadtrat die Themenführerschaft in der gleichen Sache etwas abhandengekommen ist. Mit der Interpellation wollten wir dem Stadtrat den Ball wieder zuspitzen. Was sind unsere Erkenntnisse aus dieser Beantwortung? Der Stadtrat bleibt seiner Linie treu. Er verfolgt die gleichen Absichten, wie er sie im Vorfeld der Stadtbus-Abstimmung bereits kommuniziert hat. Diese sind zusammengefasst: Orientierung am Verkehrsrichtplan (strategische Ebene) In Absprache mit dem Kanton das Optimum für Weinfelden rausholen (also den Fokus auf Bahn, Regiobus bzw. Postauto). Keine Bedürfnisabklärungen oder die konkrete Prüfung von neuen Mobilitätsangeboten. Angesichts der Intensität der Stadtbus-Abstimmung und dem allgemeinen Interesse fällt die Beantwortung der Interpellation etwas knapp aus. Die Beantwortung lässt denn auch Fragen offen, insbesondere in den Punkten 3 und 4. Es ist möglich und denkbar, dass nun erneut andere Akteure (Parteien, Gruppierungen, etc.) das Thema ÖV / Mobilität aufgreifen und neue Forderungen an den Stadtrat stellen. Welche Schlüsse ziehen wir aus dieser Beantwortung? Vor allem im Bereich Bahn, Regiobus bzw. Postauto wurde in den letzten Jahren viel erreicht. Weinfelden ist heute ein Verkehrsknotenpunkt mit optimalen Verbindungen in die umliegenden Ortschaften und Zentren. Das ist eine wichtige Errungenschaft, die man dem Stadtrat klar zugutehalten muss. Der engagierte Abstimmungskampf und die Diskussionen über den ÖV und die Mobilität*

im Allgemeinen haben aber gezeigt, dass noch weitere Bedürfnisse bestehen. Es ist klar, die Politik kann nicht alle Bedürfnisse abdecken. Dafür reicht das vorhandene Geld nicht. Also konzentriert man sich auf die Bereiche, wo die Kapazitäten bzw. die Sitzplätze knapp sind, oder wo mit vertretbaren Kosten der grösste Nutzen erzeugt werden kann. Und das war in der Vergangenheit eben bei der Bahn und beim Postauto. Berücksichtigt man weitere Kriterien, beispielsweise das steigende Mobilitätsbedürfnis innerhalb der Stadt oder die zunehmende Anzahl älterer Personen, verschieben sich die Prioritäten. Vor diesem Hintergrund wünschen wir, dass der Stadtrat den Ball aufnimmt und die offenen Fragen, insbesondere die Punkte 3 (Stichwort Mobilitätsbedürfnisse) und 4 (Stichwort flexibles Mobilitätsangebot), detailliert klärt. Mittels Motion werden wir den Stadtrat entsprechend zum Handeln auffordern. Aufgrund der Rückmeldungen, die ich im Vorfeld der Sitzung erhalten habe, beantrage ich Diskussion.

Abstimmung:

Der Antrag um Diskussion wird mit 23:0 Stimmen angenommen.

4.3 Diskussion

Fritz Streuli (SP): Ich bin Bähnler, deshalb ist es naheliegend, dass ich mich zum Thema äussere. Ich unterstütze die Äusserungen von Markus Schönholzer und der FDP-Fraktion voll und ganz. Ich bin der Meinung, dass es in der Schweiz sicher noch andere Orte gibt wie Weinfelden, wo es auch Mobilitätsbedürfnisse gibt und die vielleicht bereits eine Lösung gefunden haben. Es könnten Abklärungen bei Fachverbänden zum beim VCS oder dem Verband öffentlicher Verkehr oder dem Bundesamt vorgenommen werden. Es gibt in der Schweiz sicher ein «anderes Weinfelden» mit passender Lösung, die heute schon existiert. Es lässt sich so machen, ohne Neuerfindung des Rads. Ich ermutige dazu, macht die Abklärungen, hoffentlich wird eine passende Lösung gefunden.

Marianne Scherrer (EVP): Im Februar 2020 hat die Mehrheit der Bevölkerung in Weinfelden entschieden, dass die geplante Vorlage des Ortsbus so nicht erwünscht ist. Unbestritten ist, dass das Kosten-Nutzenverhältnis dieses Ortsbuskonzepts für viele unbefriedigend war. Die Diskussionen rund um die Abstimmung haben aber auch klar gezeigt, dass die Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend gedeckt sind. Die Probefahrten im Januar sind auf sehr viel Interesse gestossen und die bestehenden öV-Angebote wurden von vielen als unzureichend eingestuft. Das subventionierte Taxi kennen einige nur vom Hörensagen oder wissen gar nichts von dieser Möglichkeit. Der Stadtrat zieht für mich verständliche Schlüsse aus der Volksabstimmung Ortsbus. In der Beantwortung wird der Rotkreuz-Fahrdienst als Möglichkeit für behinderte Personen erwähnt. Da diese Fahrdienste nur für medizinische Termine genutzt werden können, ist mir diese Antwort zu einfach und sehr unbefriedigend. Senioren brauchen den öV auch um Alltägliches zu erledigen und ihren Lebensabend zu geniessen. In den aktuellen Legislaturzielen will der Stadtrat die Attraktivität des öV weiter fördern. Für mich ist einfach unklar, wie er dies umsetzen will. Den Bushof und Bahnhof neu zu gestalten und allenfalls teure Postautolinien auszubauen, reicht definitiv nicht. Prüfwert findet der Stadtrat auch das Angebot der subventionierten Taxis auszuweiten. Doch es scheint wenig Initiative vorhanden zu sein, dies in absehbarer Zeit und ohne Druck von aussen anzupacken. Daher sehe ich es als Aufgabe des Parlaments, dieses Thema «warm» zu halten und den Stadtrat in dieser Sache wieder anzustossen.

Simon Wolfer (CVP): Ich spreche für die Parlamentarier der CVP. Wir haben die Interpellation am 12. März 2020 mitunterzeichnet, weil wir es wichtig finden, dass der Stadtrat trotz gewonnener Abstimmung über den Ortsbus, die Entwicklung des Verkehrs in Weinfelden im Allgemeinen nicht einfach ad acta legt, sondern an diesem Thema dranbleibt. Die Auseinandersetzung im Vorfeld der Volksabstimmung und auch das Abstimmungsergebnis haben gezeigt, dass dieses Thema viele Weinfelderinnen und Weinfelder beschäftigt. Die Beantwortung der Interpellation zeigt, dass der Stadtrat an einigen Mobilitäts-Themen dran ist, so z.B. an der Umsetzung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts BGK Bahnhof Nord / Busbahnhof, der Erweiterung der Postautoangebote oder an der Umsetzung des Konzepts Langsamverkehr. Auch positiv finden wir, dass die Ausweitung des subventionierten Taxibetriebs auf das Stadtgebiet erwähnt wird. Hier regen wir an, einen solchen Taxibetrieb nicht nur als «prüfwert» zu taxieren, sondern konkrete Möglichkeiten zu prüfen. Selbstverständlich ist es so, dass nicht alle Bedürfnisse über die öffentliche Hand abzudecken sind. Für uns fehlt – und da sind wir mit den Interpellanten einig – in der Antwort des Stadtrats eine sichtbare Strategie mit Entwicklungsprognosen, Zielen, möglichen Massnahmen und Zeithorizonten. Mit dem Richtplan und der Ortsplanung im Allgemeinen sind schon verschiedene Grundlagen für die

Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs vorhanden. Von aussen betrachtet ist aber nicht erkennbar, wohin die Reise in diesem Bereich dereinst führen wird oder zumindest führen könnte. Das Legislaturziel «Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs wird weiter gefördert» erscheint uns vage. Eine Gesamtschau und -vision wäre durchaus wünschenswert. Fehlt das, so bildet sich in der Bevölkerung ein Nährboden für Wünsche nach überschaubaren, isolierten Einzelprojekten, wie wir es mit dem gescheiterten Projekt Ortsbus erlebt haben und wie es nun etwas niederschwelliger mit dem subventionierten Taxibetrieb von verschiedener Seite gewünscht wird. Ob es einen Bericht braucht, wie ihn die FDP-Fraktion nun verlangt, werden wir zu gegebener Zeit prüfen.

Martin Müller (GP): Ich verstehe ja, dass der Stadtrat nach dem Vorpreschen beim Stadtbus jetzt nicht noch einmal einen Schuh voll rausziehen möchte. Geschlagene acht Monate hat der Stadtrat für die Antwort auf die Interpellation gebraucht. Aufgrund der Corona-Pandemie, die auch zu einem grossen Teil vom Amt für Sicherheit betreut wird, wie der öffentliche Verkehr. Da müsste ja angenommen werden, dass der Stadtrat in dieser verlängerten Zeit eine fundierte Antwort zu Stande bringt. Was wir bekommen haben, ist aber eine oberflächliche Antwort. Der Stadtrat nimmt damit alle an der März Sitzung anwesenden Parlamentsmitglieder nicht ernst, alle haben nämlich diese Interpellation unterschrieben. Die Antwort des Stadtrats ist aus meiner Sicht respektlos gegenüber dem Stadtparlament. Im Abstimmungskampf um den Stadtbus haben die Gegner betont, dass der geplante Stadtbus nicht sinnvoll sei, aber das andere Verbesserungen nötig seien. Ich rechne es der FDP-Fraktion hoch an, dass sie diesen Versprechungen mit dieser Interpellation auch Taten folgen liess. Bei der Diskussion zur Stadtbus-Abstimmung war neben den Kosten vor allem bemängelt worden, dass die Dörfer und Weiler am Rand von Weinfelden nicht oder nur schlecht mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind. Das sind Weerswilen, Burg, Hard, Ottenberg (dort gibt es nicht einmal ein 5-Liber-Taxi). Der öffentliche Verkehr ist auch ein Teil des Energiestadt-Prozesses und deshalb hat die zuständige Energiekommission für die Weiler dem Stadtrat eine Idee zukommen lassen. Der Stadtrat sagt in seiner Antwort nichts zu diesem Vorschlag, nicht einmal, dass er ihn geprüft und aus welchen Gründen verworfen hat. Der Vorschlag war eine Mitfahrbank. In den Weilern würde an einem zentralen Platz eine Bank aufgestellt, wo Leute, die ins Stadtzentrum möchten, sich hinsetzen. Das nächste Auto, das ins Zentrum fährt, nimmt die wartende Person mit und lädt sie im Zentrum wieder aus. Eine solche Bank kostet ca. 1'000 Franken und hat sehr tiefe Unterhaltskosten. Eine Mitfahrbank funktioniert in der Region Frauenfeld an verschiedenen Orten. Aus meiner Sicht wäre das eine Massnahme, die der Stadtrat ohne grosse Vorbereitungsarbeiten und ohne finanzielles Risiko einfach einmal für ein paar Jahre ausprobieren könnte. Ich bin erschüttert, dass es dem Stadtrat egal ist, wie sich ältere oder wenig mobile Personen in der Stadt bewegen können. Er will nicht einmal abklären, was die Bedürfnisse dieser Menschen sind und ob sie mit den bestehenden öffentlichen und privaten Angeboten abgedeckt sind. Es ist auch gar nicht die Frage, ob die Kosten für die Kosten von öffentlichen Angeboten durch die Nutzenden oder durch die Allgemeinheit beglichen werden. Es ist völlig klar, dass die Nutzenden etwas zahlen müssen für die Fahrt. Ich kenne im Thurgau kein öV-Angebot, welches gratis ist. Die Antwort des Stadtrats zeigt, dass im Bereich Mobilität auf dem Gebiet von Weinfelden das Parlament die Führung übernehmen muss. Der Stadtrat macht offensichtlich in diesem Punkt auf Arbeitsverweigerung. Markus Schönholzer hat angekündigt, dass die FDP-Fraktion eine Motion prüft. Ich finde eine solche Motion sehr nötig und würde auch bei der Erarbeitung mithelfen, wenn dies von der FDP gewünscht ist.

Petra Merz (JA): Vielen Dank für die Beantwortung, auch wenn diese aus meiner Sicht recht kurz ausfällt. Auch für uns war der Ortsbus lange ein Thema. Im Vorfeld der Abstimmung wurden viele Bedürfnisse geäussert. Für die Stadt wäre es wichtig, eine Strategie auszuarbeiten und eine Bedarfsabklärung durchzuführen, für die verschiedenen Personen in Weinfelden. Alles kann nicht befriedigt werden. Die Abklärungen für ein subventioniertes Taxi sollten aber mindestens gemacht werden.

Stadtrat Hans Eschenmoser: Ich danke den Interpellanten für ihren Vorstoss und ihnen für die interessante Diskussion. Wir haben erwartet, dass wir kritisiert werden. Es wurde überlegt, einen Betrag ins Budget 2021 einzustellen, um das subventionierte Taxi weiterabzuklären, es sollte aber erst die heutige Diskussion abgewartet werden. Der öffentliche Verkehr ist für uns primär die Bahn und das Postauto. Wir werden uns Gedanken machen, wie wir Weinfelden mit einem anderen Ort vergleichen können, an dem es bereits gut organisiert ist, so wie es Fritz Streuli vorschlägt. An Marianne Scherrer kann ich sagen, dass wir uns schon Überlegungen zum weiteren Vorgehen machen. Die Festlegung des Ziels ist eben nicht ganz einfach. Es ist aber sicherlich nicht so, dass wir respektlos vorgehen. Die Idee des Mitfahrbänklis ist zu mir gekommen, es war für mich nicht das dringendste Problem. Wir verweigern die Arbeit sicher nicht. Für mich stellt sich nun

die Frage, ob wir auf die Motion warten sollen oder ob wir sonst weiterfahren. Wir werden uns dies überlegen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Damit ist das Geschäft erledigt.

5 Verschiedenes

Martin Brenner (FDP): *Wegen der aktuellen Situation um den herrschenden Corona-Virus, dürfen sowohl die Bochselnacht wie auch Weihnachten in ihrer traditionellen Form nicht stattfinden und unser Alltag orientiert sich an den Erlassen von Bund und Kanton und viele Bürger und Bürgerinnen orientieren sich eigenverantwortlich an ihnen. Tagtäglich bin ich mit der verschärfenden Situation im Spital konfrontiert, da meine Frau auf die Intensivstation versetzt wurde und dort mit Corona-Patienten zu tun hat. Dies auch aufgrund eines Erlasses des Kantons, dass kurzfristig zusätzliche Bettenkapazitäten geschaffen werden mussten. So habe ich hohen Respekt vor dem grossen Engagement aller im Pflegebereich arbeitenden Personen, zum Wohle der Allgemeinheit. Ich weiss auch, dass sich viele Pflegenden an Weihnachten zum Schutze der Familien zurückziehen und im kleinen Rahmen feiern, wenn sie nicht gerade über die Festtage am Arbeiten sind. So sind es schon paradoxe Gegensätze, wenn man vor allem in den Abendstunden die herrschende aufgelockerte Stimmung am Bahnhof Weinfelden wahrnimmt. Es macht den Anschein, als müsse man sich dort an keine Erlasse halten. Die Situation dauert ja schon länger an und aus Anfragen bei Mitgliedern des Stadtrates im Verlauf dieses Jahres nehme ich auch eine gewisse Resignation und Hilflosigkeit wahr. Auch weiss ich aus Gesprächen mit Mitarbeitern der Securitas, dass die Situation am Bahnhof gefährlich sei und sie sich alleine nicht mehr hingetrauen, um im Auftrag für Recht und Ordnung zu schauen. Paradox finde ich auch, dass man die örtlichen Gaststätten einer Corona-Kontrolle unterzieht und scheinbar auch Bussen ausspricht, aber am Bahnhof hat man diesbezüglich nichts zu befürchten, weil da auch nichts zu holen sei. Die Reaktionen, welche mir aus persönlichen Kontakten mit am Bahnhof anwesenden Personen widerfahren sind, zeigen mir, dass wenig Bereitschaft und Verständnis vorhanden ist, sich anzupassen. Wenn ich nun auf die heutige Bochselnacht, sowie an die bevorstehenden Weihnachtstage denke, dann werden wir durch das ausbleibende "bochseln" die bösen Geister und Dämonen in diesem Jahr nicht vertreiben können, aber das Wünschen ist, soweit mir bekannt ist, noch erlaubt. So werde ich nun keine Anfrage an den Stadtrat richten, aber wünsche mir, dass der Stadtrat zeitnah aktiv wird und wir nicht bis zur nächsten Parlamentssitzung zuwarten müssen. Ich bin mir jedoch auch bewusst, dass nicht immer alle Wünsche in Erfüllung gehen.*

Lukas Madörin (EDU): *Kurz vor Jahresabschluss möchte ich mich zuerst herzlich für die grosse Solidarität in Weinfelden bedanken. Die Gutscheine der Stadt wurden sehr gut aufgenommen und haben viel gebracht. Nun komme ich zu einem blöderen Thema, das mich umtreibt. Ich bin nun seit sechs Jahren im Parlament und in vier dieser sechs Jahre wurde es von einer Frau präsidiert. Nach der Begrüssung der Präsidentin muss ich mich aber trotzdem fast jedes Mal schämen, dass ich ein Mann bin. Meiner Frau geht es gut, sie wird nicht eingesperrt. Ich beteilige mich auch zu Hause an den Arbeiten und wickle auch unsere Kinder. Wir haben es gut. Ich finde die Bemerkungen wegen Mann und Frau deshalb überflüssig und will sie eigentlich nicht mehr hören. Es gibt auch andere Männer im Parlament, denen es gleich geht. Ich habe mit verschiedenen gesprochen. Ich wünsche uns für das neue Jahr, dass wir einen respektvollen Umgang miteinander haben.*

Peter Fretz (GLP): *Für mich fehlt etwas in den Parlamentssitzungen. Wir haben bei Corona eigentlich nur über Geld gesprochen. Nie war das Thema, dass sich auf die bezogen wird, die gestorben sind. Es hat bisher nichts in diese Richtung gegeben. Könnte von der Stadt oder vom Parlament eine Geste gemacht werden gegenüber den Hinterbliebenen? Es gibt verschiedene Arten von Bestattungen. Der Trend ist Kremation und das Gemeinschaftsgrab. Es gibt aber auch die Tradition Erdbestattung des ganzen Körpers. Bei den Grabsteinen geht es sehr lange, bis diese gesetzt werden können. Das ist sehr schade, da die Hinterbliebenen somit nicht an ein anständiges Grab gehen können.*

Adrian Caramschi (SP): *Ich muss kurz meine Sichtweise zu den Begrüssungen der Präsidentin darlegen. Ich finde diese sehr gut und geistreich. Ich habe mich als Mann noch nie angegriffen gefühlt. Ich kann diese Aussagen deshalb nicht nachvollziehen.*

Präsidentin: *Gerne sage ich noch etwas zur Verabschiedung von Steven Müller: Jung und aktiv! Aus meiner Warte (ich werde nächstes Jahr 60) bist du noch immer beides: Jung und Aktiv. Ich habe dich als engagiertes Mitglied im Parlament erlebt und ich finde es schade, dass du austrittst. Ich danke dir für deine Arbeit für Weinfeldern und wünsche dir weiterhin alles Gute. Voraussichtlich wird Philipp Scherrer deinen Platz einnehmen, das Verfahren ist noch im Gange. Traurig ist auch, dass wir auf eine leere Strasse hinaustreten, keine zerstampften Runggeln auf dem Trottoir, kein fröhliches Treiben, keine lustige Nachsitzung. Der Vizepräsident hat doch etwas für Euch vorbereitet.*

Vizepräsident: *Heute wäre es an mir gewesen, die Nachsitzung zu leiten. Die Voten im Rat wären auch kürzer gewesen, wenn wir uns danach zur Nachsitzung hätten treffen können. Ich habe die minimale Gelegenheit genutzt, dass wir doch ein bisschen Nachsitzung erleben können. Bei Rausgehen kann man sich mit einer Bochslnachtnachsitzung to go bedienen, sie liegen beim Ausgang auf. Ich wünsche Ihnen trotz allem eine schöne Bochslnacht und alles Gute für das neue Jahr.*

Präsidentin: *Damit an diesem ruhigen Abend doch noch ein wenig Stimmung bei euch aufkommen kann, findet ihr draussen jeder ein Paket mit zwei Flaschen Wein, den wir sonst gemeinsam vernichtet hätten. Trinkt ihn und stosst an auf ein besseres 2021 und, auf dass wir alle gesund bleiben. Ich wünsche euch von Herzen frohe Festtage und einen angenehmen Start ins neue Jahr.*

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Die Präsidentin

Der Vizepräsident

Claudia Bieg

Beat Brüllmann

Der Stimmzähler

Die Stimmzählerin

Marcel Knup

Marianne Scherrer

Der Stadtschreiber

Reto Marty

